

Herr Metz erklärte, dass die verfahrenstechnische Umsetzung mit der beantragten Maßnahme flexibel gestaltet werden könne. Es sollten jedoch allgemeine Regeln zur Verbesserung der Bürgerinformation aufgestellt werden.

Alle Fraktionen sprachen sich für eine Verbesserung der Bürgerinformation aus, die im Rahmen einer vernünftigen Abgrenzung erfolgen müsse.

Der Bürgermeister wies darauf hin, dass eine Bürgerinformation nicht in allen Bereichen erfolgen könne. Für erforderliche Maßnahmen würden 15.000 € bis 20.000 € in den Haushalts 2011 eingebracht, die nicht als freiwillige Ausgaben zu klassifizieren seien. Er schlug vor, in den hauptsächlich betroffenen Ausschüssen (Umwelt-, Planungs- und Verkehrsausschuss, Zentrumsausschuss) bei entsprechenden Themen die Notwendigkeit und den Umfang einer Bürgerinformation festzustellen. Auf Nachfrage von Herrn Metz sagte der Bürgermeister zu, die Verwaltung werde auf eine aus ihrer Sicht erforderliche Bürgerinformation bereits in der betreffenden Sitzungsvorlage hinweisen. Herr Metz zog den Antrag darauf hin zurück.

Herr Knülle und Herr Schmitz-Porten regten an, neutralen städtischen Veranstaltungen den Vorzug vor Parteiveranstaltungen zu geben. Dies führe zu höherer Akzeptanz in der Bevölkerung. Der Bürgermeister ergänzte, derartige Absprachen müssten auf der politischen Ebene erfolgen.